

## MUT

**M**ensch und **U**mwelt schonende DB-**T**rasse  
Nördliches Markgräflerland e.V.



---

ABS/NBS Rheintalbahn  
Offenburg-Weil a.Rh.

### Statement der Bürgerinitiative MUT e.V. zum 2. EÖT im PfA 8.3 am 30. Juni 2009 in Bad Krozingen-Hausen

**Kontaktadresse:**

**M U T e.V.**

c/o Geschäftsstelle

Eichenweg 13

79189 Bad Krozingen

Tel.: 07633-13171

Fax: 07633-13171

Email: [info@mut-im-netz.de](mailto:info@mut-im-netz.de)

Web: [www.mut-im-netz.de](http://www.mut-im-netz.de)

### Viergleisiger Ausbau der Rheintalbahn im Streckenabschnitt Offenburg-Weil am Rhein

### Statement der BI MUT e.V. anlässlich des 2. Erörterungstermins im PfA 8.3 Bad Krozingen-Heitersheim am 30. Juni 2009

- Der Bund baut mit unseren Steuergeldern eine hochprofitable Schienenstrecke und schenkt sie der Deutschen Bahn AG, die damit die Region am südlichen Oberrhein ruiniert. Gegen die Planungen der Deutschen Bahn AG gibt es bereits **nahezu 120.00 Einwendungen, mit 150.000 sind nach Abschluss aller Planoffenlegungen zu rechnen. In der Schweiz wäre das ein Plebiszit.** Das Land muss hier in seiner Vorsorgepflicht für seine Einwohner einschreiten. Das Planungsrecht lässt zu, dass Einzelne für den ihnen entstandenen Schaden entschädigt werden. Aber es kann nicht eine ganze Region für ihren wirtschaftlichen Ruin entschädigt werden.
- Die Bürgerinitiative MUT ist wie alle Bürgerinitiativen der IG BOHR eine „konstruktive“ Bürgerinitiative. Sie lehnt den dringend notwendigen Ausbau der Rheintalbahn nicht ab, sondern fordert eine Ausbauqualität, die das Gewinnstreben der Deutschen Bahn AG mit den Lebensinteressen einer ganzen Region in Einklang bringt. MUT hat daher zusammen mit zahlreichen Kommunen und dem Regionalverband Südlicher Oberrhein **mehrere 100.000 Euro für die Ausarbeitung einer Alternativplanung** mit 6 Kernforderungen, die unter BADEN 21 subsummiert sind, aufgewendet. Prüfungen der Deutschen Bahn AG haben ergeben, dass BADEN 21 einschließlich der Bürgertrasse im MUT-Land technisch und betrieblich machbar ist, dem Umweltrecht nicht entgegensteht und somit grundsätzlich genehmigungsfähig ist.
- Die Deutsche Bahn AG ist wegen des exorbitant angestiegenen Schienengüterverkehrs heute in der Fläche der größte akustische Umweltverschmutzer in Deutschland, besonders nachts, wenn der Güterzuglärm gemäß neuerer Ergebnisse der Lärmwirkungsforschung

die Gesundheit der schlafenden Menschen beeinträchtigen darf. Daran wird sich wegen des lauten und langlebigen rollenden Materials und der ungerechtfertigten Privilegierung des Schienenlärms durch den Gesetzgeber auf Jahrzehnte nichts ändern. Weil das so ist, fordern die Menschen in der Region am südlichen Oberrhein, dass der Schienenweg, auf dem weit über 100.000 Güterzüge pro Jahr durch unsere gesegnete Landschaft fahren sollen, menschenverträglich, umweltgerecht und zukunftsfähig gebaut wird. Sie haben dafür die Lösung: Sie heißt BADEN 21 und ist ein in sich geschlossenes Gesamialternativkonzept für den viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Weil am Rhein. Damit ist zu fordern: **Die Bahn muss sich an die Region anpassen und nicht die Region an die Bahn.**

- Ursprünglich zielte der viergleisige Ausbau der Rheintalbahn auf die Verbesserung des ÖPNV. Inzwischen ist klar, dass der Ausbau vorrangig der Aufnahme des politisch gewollten stark angestiegenen und weiter steigenden Schienengüterverkehrs dient. Damit ist die Geschäftsgrundlage der seitens des Landes durchgeführten Raumordnung entfallen. Die auf Raumordnungsebene entfallene Auseinandersetzung um optimale Trassenlagen muss heute auf Planfeststellungsebene nachgeholt werden. Daraus leitet sich nach Ansicht der IG BOHR eine Pflicht des Landes Baden-Württemberg ab, auf den Stopp der laufenden Bahnplanungen und auf einen neuen Planungsauftrag hinzuwirken sowie sich an den Kosten der im Sinne von BADEN 21 verbesserten Trassenqualität zu beteiligen. **Mehrkosten sind ein Qualitätszuschlag, der die Baumaßnahme überhaupt erst akzeptabel macht.** Sie verteilen sich über eine Bauzeit von mindestens 10 Jahren.
- Für den Erhalt der Zukunftsfähigkeit des 2000-jährigen Kulturrums am Oberrhein müssen Bund, Bahn und Land beim Ausbau der Rheintalbahn eine einvernehmliche Lösung erreichen, wenn die Baumaßnahme nicht scheitern soll. Dazu sind voraussichtlich mehrere Spitzengespräche zu führen, deren Ergebnis im Sinne der ganz überwiegenden Mehrzahl der Menschen in der Region dann zielführend ist, wenn sich die Beteiligten Bund, Bahn und Land über die **Finanzierung von BADEN 21** einigen. **Der Bund ist in der Pflicht als Träger des Projekts und im Kontext internationaler Zusagen, die Bahn als die Gewinnerin dieser hochprofitablen Magistrale von europäischer Dimension, und das Land kann sich der Frage einer finanziellen Beteiligung schon deshalb nicht entziehen, weil es bis zur Entstehung des oberrheinischen Protests den Bahnplanungen raumordnerisch grünes Licht gegeben hat.**

